zeitiges Aufstehen resp. ebenso energisches Sitzenbleiben seinen Freunden ein nachahmungssicheres Vorbild geben konnte. Hierdurch sei den Anhängern des Hartwig'schen Systems Gelegenheit geboten worden, sich selbst ein Urtheil zu bilden. Als der Herr Hartwig vom Reichstag nach Dresden zurückgekehrt sein, habe er seine Partei zersplittert gefunden, und es sei ihm bis heute noch nicht gelungen, dieselbe ganz wieder zu sammeln. Inzwischen sei das Stadtverordnetenkollegium mit Erfolg bestrebt gewesen, auf den Boden der gegebenen Thatsachen und unter Berücksichtigung der unangenehmen Erfahrungen der letzten Monate durch ehrliche fleißige Arbeit, durch unvoreingenommene Prüfung der Rathsvorlagen, eine neue Grundlage für die wechselseitigen Beziehungen zwischen Rath und Stadtverordneten zu gewinnen und vor Allem recht bald den Haushalt zu erledigen. Der Herr Redner verbreitete sich sodann über die wichtigsten Punkte des Haushaltes, wobei er auch die Steuerreform streifte, die er als zweitgrößten Erfolg des jetzigen Stadtverordnetenkollegiums hinstellte. Nachdem er die Opfer aufgezählt, die das Kollegium für die Verschönerung der Stadt gebracht, gedachte er noch der Ausgaben, die die Stadt für ähnliche Zwecke in der nächsten Zeit werde machen müssen. Auf die weiteren interessanten Mittheilungen über das städtische Schulwesen, das Krankenhaus u. s. w. näher einzugehen, würde zu weit führen. Zum Schluß seines mit großem Beifall aufgenommenen Referates empfahl Herr Dr. Osterloh auf's Wärmste die vom konservativen Verein für die Stadtverordneten aufgestellte Kandidatenliste.

— Die Ministerien des Kriegs und des Innern haben die bisher einem Beamten der Kreishauptmannschaft Dresden übertragen gewesenen Geschäfte in Militärangelegenheiten innerhalb der Stadt Dresden, insbesondere auch soweit sie den Civilvorsitz bei der Ersatz-Kommission des Aushebungsbezirkes Dresden-Stadt betreffen, vom 1. Januar 1886 ab auf die Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt übertragen.

— Der hiesige Kreisverein des „Verbands Deutscher Handlungsgehilfen Leipzig" feiert am 2. Dez. a. c. in Meinhold's Sälen sein 1. Stiftungsfest.

— Auf Grund ministerieller Verordnung wurde dem Aichamte Riesa die Befugniß zur Prüfung und Stempelung festfundamentirter Brückenwagen bis auf Weiteres ertheilt.

— Der Gebirgsverein für die sächs.-böhm. Schweiz, Sektion Dresden, hält nächsten Mittwoch in Bach's Sälen ein Stiftungsfest in Gestalt eines Herrenabends ab, zu welchem „vier vollkommen trichinenfreie und seuchenfeste Riesennormalschweine" angekauft worden sind.

— Der Allgemeine Hausbesitzerverein hielt am Sonnabend in Meinhold's Sälen und am Montag in Hollack's Restaurant vor zahlreich besuchten Versammlungen sowie vorgestern Abend in der Tonhalle vor minder besetztem Saale Wahlversammlungen ab. Die Ausführung des Redners, Reichstagsabg. Baumeister Hartwig, fanden lebhafteste Billigung und wurden wiederholt durch Beifallsbezeugungen unterbrochen. Nur Stadtrath Lingke trat in den beiden ersten Versammlungen den Hartwig'schen Ausführungen entgegen. Der Letztere vertrat den Standpunkt des Rathes und trat infolgedessen auf energischen Widerspruch und Schlußrufe. Als er darauf bewies, daß 1866 bei der preußischen Invasion Dresden zu 6 Proz. Geld aufnehmen mußte, weil es damals keine Reservefonds hatte und daraus folgerte, daß um bei Wiederkehr solcher und anderer Fälle gerüstet zu sein die Fonds erhalten werden müßten, entgegnete Herr Hartwig, es zeige eine solche Annahme Kleinmuth und geringes Vertrauen in die Schlußkraft des deutschen Reiches und des deutschen Heeres.

— Bezirkswahlen oder Listenwahlen? — Da die Beantwortung dieser in neuerer Zeit aufgeworfenen Frage jetzt eine besondere Wichtigkeit hat, so seien hier einige Momente aus den von Herrn Emil Götte in der vorgestrigen Versammlung des Wahlvereins der Wilsdruffer Vorstadt und Friedrichstadt erstatteten Referate mitgetheilt. — Bei Einführung der allgem. Städteordnung (1. 10. 1885) welche das noch heute im Gebrauch befindliche Listenwahlsystem einführte, hatte Dresden nur 12000 Einwohner, heute 250000. Was damals passend war, ist es heute nicht mehr. Es ist faktisch den Wählern unmöglich, 25 bis 30 auf einer Liste vorgeschlagene Kandidaten soweit zu kennen, um darüber klar zu sein, ob man jedem derselben das geforderte Vertrauen schenken kann! — Die Wählerschaft ist mit den Listenwahlen nur den Beeinflussungen und Agitationen von zum Theil von Sonderinteressen geleiteten Wahlvereinigungen oder von Parteigruppen preisgegeben. So ist es auch bisher gekommen, daß ganz unbekannte Personen, welche bis dahin noch gar nicht um öffentliche Angelegenheiten sich gekümmert, mit einer sehr hohen Zahl Stimmen aus der Wahl hervorgingen! Die ungleichmäßige Vertretung der Stadttheile ist eine weitere üble Folge der jetzt üblichen Listenwahlen. So war z. B. die Pirnaische Vorstadt i. J. 1885 durch 18, dagegen die ungleich stärker bevölkerte Wilsdruffer Vorstadt und die Friedrichstadt zusammen durch nur 12 Bewohner im Kollegium vertreten. In Wien und anderen Orten herrscht das für große Städte einzig mögliche Bezirkswahl-System und auch in Leipzig strebt man zu solchem an. Bei Eintheilung der Bezirke, von denen dann ein jeder nur 2 bis 4 Kandidaten zu wählen hätte, könnte man sich an die bestehenden Vorstadtbezirke anlehnen und wenn man auch nicht dahin zu kommen braucht, daß die Kandidaten unbedingt dem sie erwählenden Bezirke angehören müssen, so hat doch jeder Bezirkswähler bei der kleinen Zahl seiner Kandidaten Gelegenheit, sich genau über die vorgeschlagenen zu informiren. — Das ist das Richtige! — Es wird dann unmöglich, daß eine einzige Sonderinteressenvereinigung die ganze Wahl allein für sich ausbeutet, wie dies so schon der Fall war. Die Bezirksvereine haben bedauerlicher Weise die Frage der Bezirkswahlen in ihr Programm nicht aufgenommen, obwohl dies erst beabsichtigt war. Der allgemeine Mieth- und Wohnerverein hat sich dagegen an dieses Prinzip gehalten. Hoffentlich verschwindet auch nach der Wahl die Frage nicht wieder von der Tagesordnung, bis die Bezirkswahlen Thatsache geworden sind.

— Der Verein „Asyl für obdachlose Männer" wurde wieder mit folgenden überaus reichen Gaben bedacht. Von Sr. Maj. dem König Albert 300 Mk., von Sr. Kgl. Hoh. Prinz Georg 150 Mk. und vom Ministerium des Innern 300 Mk.

— Der Wohnungsausschuß für das 6. deutsche Turnfest veröffentlicht die Zusammenstellung der gesammelten Beträge, der zufolge bei ihm im Ganzen 12,771.40 Mk. eingegangen sind.

— Uebermorgen, Freitag, begeht ein hiesiger allgemein geschätzter und beliebter Schulmann, Herr Schuldirektor emer. E. Kretzschmar seinen 70. Geburtstag.

— Polizeibericht. Auf der Uhlandstraße ist gestern gegen Abend von einem ohne Aufsicht stehen gebliebenen Wagen ein 7 Kilo schweres Fäßchen mit Butter Num. 100 gezeichnet, gestohlen worden. — Von einem auf der Töpferstraße einige Zeit aufsichtslos stehen gelassenen Handwagen wurde vorgestern Vormittag einer Weichkrau vom Weißen Hirsch ein Korb mit frisch gewaschener Wäsche, L. P., T. P., M. P., G. Z. bez. H. M. gezeichnet, im Werthe von 100 Mk. gestohlen. — Gestern Vormittag wurden vom Kutscherbock eines Fleischerwagens, welcher man auf der Hohestraße aufsichtslos stehen gelassen hatte, 50 Mk., bestehend aus 20 Mk. Zehnpfennigstücken, verpackt in 8 Rollen von grauem Papier und aus 9 Mk. Fünfpfennigstücken in 3 gleichen Rollen, jede mit der Aufschrift L. Bienert, Hofmühle, Plauen versehen, gestohlen. Das Geld befand sich in einem Leinwandbeutel.

— Der 100,000-Mark-Gewinn der kgl. sächs. Landes-Lotterie Nro. 82568 ist in die Kollektion des Herrn C. F. Förster in Reichenau bei Zittau gefallen. Zwei Zehntel davon wurden in Reichenau und ein Zehntel in Markersdorf gespielt, und sind die glücklichen Gewinner meist unbemittelte Leute, welche zu Zwei und Drei an je einem Zehntel partizipiren. Der Eine davon, Herr Webermeister Gäbler in Reichenau, welcher ein Zehntel zur Hälfte spielte, beging am Tage des Eintreffens der Glücksbotschaft sein silbernes Ehejubiläum.

— Unter zahlreicher Betheiligung hielt vorgestern der Verein „Kobold" seinen diesjährigen 1. Familienabend mit Ball in den Sälen des Hotel „Kaiserhof" ab. Nach dem Vortrag einiger Klavier- und Gesangsstücken gelangte die Posse „Monsieur Herkules" zur Aufführung, welch' letztere reichen Beifall erntete. Der sich hier anschließende Ball währte bis zum frühen Morgen; der Katerbummel findet nächsten Sonntag in Henne's Restaurant, Bautznerstraße, statt.

— Vom 1. Dez. ab wird die Personenpost von Königswartha nach Bautzen Bahnhof anstatt um 6,15 Uhr bereits 6,5 Uhr früh abgefertigt werden.

— Von Seiten der Kgl. Polizeidirektion wird nun, laut erfolgter Mittheilung an die Herren Gastwirthe, gegen die Abhaltung der Prämienboule in ähnlicher Weise, als wie gegen die Bockbierfeste, vorgegangen werden. Ohne sie gänzlich zu verbieten, sollen die Gastwirthe gehalten sein, über jeden einzelnen Fall die Genehmigung der Kgl. Polizeidirektion einzuholen.

Fortsetzung des lokalen Theiles Seite 9.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. In der Thronrede wurde neben vielem Anderen auch eine Ankündigung oder Andeutung über etwaige Vorlagen zur Justizreform vermißt. Die Regierung wird aber wohl aus ihrer Zurückhaltung heraustreten müssen, wenn erst die Anträge Reichensperger und Lenzmann wegen Einführung der Berufung und der Entschädigung zur Berathung gelangen. Die Regierung soll, wie jetzt verlautet, die Zustimmung zur Einführung der Berufung oder der Vorlegung eines eigenen Entwurfs hierüber von der Annahme ihres in der letzten Session eingebrachten Vorschlages über die Zusammensetzung der Schwurgerichte abhängig machen. Die Zustimmung des Reichstags zu diesem letzteren Vorschlage, der in bedenklicher Weise an einer sehr volksthümlichen und bewährten Einrichtung rüttelt, ist aber kaum zu erwarten, und so scheinen die Aussichten in der Berufungsfrage zur Zeit nicht sehr günstig zu stehen.

Ausführlicher Bericht über die Reichstagsverhandlungen. Zur Berathung steht der Staatshaushalt. Staatssekretär im Reichsschatzamt Burchard entrollt das gestern telegraphisch mitgetheilte Bild über die Finanzlage des Reichs. Darauf bemerkt Namens des Centrums Abg. Frhr. v. Huene: Es ist schwer, zu sagen, ob die Finanzlage des Reiches eine günstige oder ungünstige ist, weil eine Menge Abgaben nur durch das Reich erhoben werden, z. B. die Zölle. Wenn im Reichshaushalt die Ausgaben des Reichs hinter den Einnahmen zurückbleiben, so kann man noch nicht von einer günstigen Finanzlage sprechen; das kann man erst, wenn es in den Einzelstaaten gut steht. Es kommt darauf an, im Reich möglichst sparsam zu sein und die Bedürfnisse der Einzelstaaten zu befriedigen. Erst wenn das geschehen ist, sind wir auf einem grünen Zweige. Wenn man den Etat an sich betrachtet, so hat man noch kein richtiges Bild. Wenn man die Ausgaben, die keine Ausgaben sind, und die Einnahmen, die keine Einnahmen sind, sondern an die Einzelstaaten abgeführt werden, fortläßt, so erhält man ein wesentlich anderes Bild. Wir haben ein Barometer, welches durch die Franckenstein'sche Klausel eingeführt ist und hoffentlich immer beibehalten wird. Unter Berücksichtigung der Anleihen ergiebt sich für das Reich ein Defizit von 32 Mill. Mark. Das ist gar keine unbedenkliche Erscheinung bei der großen Zinsenlast, die das Reich jetzt schon zu tragen hat. Die Reform der Rübenzuckersteuer muß die wirthschaftlichen Interessen und die finanziellen versöhnen, wobei wir aus den Vorgängen in Oesterreich glücklicherweise lernen können. Die Post- und Telegraphen-Verwaltung bietet kein günstiges Bild: von 10 Millionen Mehreinnahmen sind 8 Millionen gleich für Ausgaben innerhalb der Verwaltung verwendet worden. In der Kommission sind z. B. die Mehranwendungen für Beamte zu prüfen, wobei natürlich die Aufbesserungen der unteren Beamtengehälter gewiß unsere Billigung finden werden. Der Postetat muß uns zur Sparsamkeit mahnen, namentlich in Bezug auf die Postbauten. Die 11 neuen ersten Raten für Bauten werden wohl nicht unbeanstandet aus der Kommission herauskommen. Wenn ich mich nun speziell zu den Ausgaben wende, so begrüße ich die Ausgabe für die Hochseefischerei mit Freuden. Die Verwaltung des Reichsheeres fordert 9 Millionen für Verbesserung der Waffen, welche wir bewilligen werden in dem Vertrauen, daß solche Ausgaben nur wenn sie unbedingt nöthig sind, gefordert werden. Deshalb werden wir aber von den anderen Ausgaben nur das Allernothwendigste bewilligen dürfen. Der Marineverwaltung hat man große Aufgaben gestellt. Will man sie entlasten, so muß man der Kolonialpolitik Zügel anlegen. Im vorigen Jahre wurde, wer in dieser Beziehung nur geringe Einwendungen machte, großen Unannehmlichkeiten ausgesetzt. Ich glaube, daß ist jetzt schon etwas anderes geworden. Glücklicherweise sind wir aus dem Stadium der Flaggenhissungen, bei denen Manchem ganz schwindlig zu Muthe wurde, in das Stadium der diplomatischen Verhandlungen gekommen. Die Kolonialpolitik hat nun in diesem Jahre über 5 Millionen Mehrausgaben allein im Marineetat verursacht, was doch sicher in dieser Hinsicht zur Ruhe mahnen sollte; sogar der neu projektirte Nord-Ostsee-Kanal ist indirekt mit eine Konsequenz der Kolonialpolitik, weil wir jetzt unsere Küsten anders schützen müssen. Außerdem muß ich gleich hier mit Bezug auf die Missionen in den Kolonien bemerken, daß wenn wir bei guter Laune bleiben sollen, man uns auch unser Recht geben muß. (Beifall im Centrum). Abg. Richter (Hagen): Der Herr Staatssekretär sagte, das Bild des Etats sei weniger unerfreulich als das des Vorjahres. Ich horchte auf, um zu erfahren, was denn an diesem Bilde weniger unerfreulich sein sollte. Da kam ich nun zu dem Resultat, daß das abgelaufene Jahr 1884—85 mit einem Defizit von 5,700,000 Mark abgeschlossen hat und daß das laufende Jahr voraussichtlich mit einem Defizit von 10,000,000 Mark abschließen wird. Wenn das weniger unerfreulich ist, daß das Defizit sich verdoppelt hat, so macht der Herr Staatssekretär bescheidenere Ansprüche als irgend einer seiner Vorgänger. Man hat die Zölle und Steuern erhöht und nimmt nun mehr Geld ein. Die Einzelstaaten werden es weniger erfreulich finden, wenn diese Mehreinnahmen in Gegenrechnung gestellt werden mit dem Defizit des Reiches, daß man ihnen gewissermaßen den Trost giebt: Das laufende Jahr giebt Euch ja mehr Einnahmen aus den Zöllen und Steuern. Die Einzelstaaten hatten darauf gerechnet, daß diese neuen Mehreinnahmen zu ihren Zwecken verwendet werden könnten, nicht aber zur Deckung des Defizits dem Reiche zurückgegeben würden. Dieser Etat bestätigt, daß das Ziel, in den Einzelstaaten drückende Steuern abzuschaffen, auch durch die neuen Zölle und Steuern nicht erreicht wird, daß wir im Gegentheil dies neue Ziel nicht zu erreichen vermögen. Seit dem vorigen Jahre sind die Matrikularbeiträge zweimal erhöht worden. Einmal für das laufende Jahr im Betrage von 38 Millionen, jetzt zum zweiten Male im Betrage von 22 Millionen = 60 Millionen. Die neuen Zölle und Steuern sind auf 50 Millionen veranschlagt. Die Einzelstaaten bekommen also 50 Millionen, aber schon die Erhöhung der Matrikularbeiträge von nur 2 Jahren nimmt ihnen 60 Millionen wieder fort und stellt sie um 10 Millionen schlechter als vor 2 Jahren. Die Mehrforderungen für den Militäretat belaufen sich auf 19 Millionen und wenn auch ein Theil davon nicht zu den laufenden Ausgaben gehört, so steht es doch fest, daß wir in der Vermehrung der Schulden ganz erhebliche Fortschritte gemacht haben. Seit der Verausgabung der Milliarden haben wir 100 Millionen Schulden gemacht und wenn diesen auch ein größeres Aktivvermögen gegenübersteht, so sind die Schulden der letzten Jahre doch nicht zu derartigen Erwerbungen gemacht worden. Bezüglich der Ausgaben für das Militär kommt es mir vor, als ob auf diesem Gebiet mehr Neubauten in Angriff genommen werden sollen, als in irgend einem Vorjahre. Auch alle im Vorjahre abgelehnten Posten erscheinen wieder im Etat. Wo eine Aufwendung nicht unbedingt nöthig ist, haben wir umsomehr Veranlassung, möglichst enge Grenzen zu ziehen und gegen die Forderungen aufzutreten, die nicht gerade in diesem Jahre geleistet werden müssen. Die bedeutendsten Posten des Militäretats sind diejenigen für Hafer und die Kommandozulage. Der erstere ist um 1½ Million gestiegen. Im vorigen Jahre ist eine Resolution angenommen worden, ob nicht ein anderes System für die Rationsvergütung eingeführt werden könnte. Wir würden uns in Widerspruch mit uns selbst setzen, wenn wir uns jetzt mit dem bestehenden System einverstanden erklären wollten. Damit hängt auch noch die technische Frage zusammen, ob es richtig ist, unter den heutigen Verhältnissen die schwere Kavalerie beizubehalten. Redner kommt dann zu der Frage: Nach welchem Plane wird gegenwärtig überhaupt die Marine erweitert? Ich stehe vor dem Eindruck, daß alle Pläne zerrissen sind, daß einfach im Auswärtigen Amt festgesetzt wird, wie viel neue Mannschaften einzustellen sind ꝛc. Ich hege die Befürchtung, daß eine schrankenlose Entwickelung der Marine leicht auf Kosten des Heeres geschehen kann, daß eine solche Entwickelung unserer Marine zu gleicher Zeit mit den gesteigerten Anforderungen auf dem Gebiete unserer Heereseinrichtung absolut unmöglich ist. Die Mehrforderungen der Marine hat allein die Kolonialpolitik verschuldet. Ich will nicht von den Karolinen sprechen, sonst könnte der Reichskanzler behaupten, ich hätte ihm die Verhandlungen mit Spanien erschwert, und ich möchte um keinen Preis in dieser Sache die Verantwortlichkeit vom Reichskanzler abwälzen. Ich erkenne die diplomatische Gewandtheit, den großen Scharfsinn und Fleiß des Reichskanzlers, Deutschland in der Kolonialpolitik zu vertreten, vollständig an. Das beweist aber nichts für den Werth dieser Politik. Heute kennen wir die Kolonien genauer als im vorigen Jahre. Lüderitzland ist ein ganz verkrachtes Unternehmen, von dem heute Niemand mehr spricht. Kamerun hat seine hauptsächlichste Bedeutung durch den Branntweinhandel, gegen den sich neuerdings die Missionsgesellschaften gewandt haben. Eine noch größere Schmach für Deutschland ist es, wenn durch die ostafrikanische Gesellschaft die Sklaverei in die deutschen Kolonien eingeführt wird. Heute steht die ganze Bevölkerung der Kolonialpolitik kalt gegenüber. Der Rahmen, den der Reichskanzler selber dafür bestimmt hat, ist durch die Unternehmungen in Ostafrika und Neu-Guinea weit überschritten worden. Hierauf wendet sich der Redner wieder zur Steuerpolitik und schließt: Je früher in Deutschland die Finanzpolitik eine andere Richtung einschlägt, umso besser. Zuletzt wird diese Politik am Einmaleins scheitern. (Beifall links). — Abg. v. Maltzahn-Gültz: Auch auf mich hat der Etat keinen rosigen Eindruck gemacht, besonders, da die wirthschaftliche Lage in der That keine erfreuliche ist. Namentlich befindet sich die Landwirthschaft in einem schweren Nothstand, nicht in Folge schlechter Ernten oder schlechter Wirthschaft, sondern in Folge der Conjunkturen auf dem Weltmarkte. Dennoch werden wir nothwendige Mehrforderungen gern bewilligen. Herr Richter hat die Stimmung des Landes nicht auf seiner Seite, wenn er die Kolonialpolitik für verfehlt hält. Auch in Bezug auf die Leistungen für das Militär ist die Geduld des Volkes nicht erschöpft, wie in der fortschrittlichen Presse behauptet wird. Wer hätte 1871 gedacht, daß fünfzehn Jahre lang der europäische Friede nicht gestört werden würde? Das ist ein Resultat deutscher Politik, über das wir nicht froh genug sein können, und das allein dadurch möglich geworden ist, daß Regierung und Landesvertretung an unserem Heerwesen nicht haben rütteln lassen. (Beifall rechts). Was die geplanten Steuerreformen anbetrifft, so kann ich einer Reform der Branntweinsteuer blos dann zustimmen, wenn die Landwirthschaft dadurch nicht geschädigt wird. Für eine Reform der Zuckersteuer bin ich mit meinen Freunden ebenfalls bereit, einzutreten, obgleich auf diesem Gebiete normale Zustände bis jetzt noch nicht herrschen. In diesem Jahre ist die Produktion sehr vermindert worden. Für das nächste Jahr wird sich dies wohl ändern, wenn die Verhältnisse sich bessern. Man darf nicht vergessen, daß ein großer Theil der Landwirthschaft sich von dem Rübenbau ernährt. Bei den Bewilligungen für die Wehrkraft müssen wir darauf sehen, daß dieselbe ihre bisherige Stellung beibehält, dann werden wir am besten für das Wohl des Reiches sorgen! (Bravo! rechts.) Auf eine Bemerkung des Abg. v. Benda erklärt der sächsische Bevollmächtigte Graf v. Hohenthal und Bergen (das gestrige Telegramm war an dieser Stelle verstümmelt): Der geehrte Herr Vorredner hat gesagt, er habe gehört, daß die Finanzlage in Sachsen augenblicklich eine gute sei, aber er wolle es dahin gestellt sein lassen, ob das wirklich der Fall wäre. Ich erlaube mir zu erwiedern, daß dieselbe augenblicklich in der That eine sehr gute ist und das Budget, welches dem Gesammtlandtage vorgelegt ist, mit einem ganz erheblichen Ueberschusse abgeschlossen hat. (Beifall). — Abg. Liebknecht: Der Militäretat steigt von Jahr zu Jahr in ordentlichen wie in außerordentlichen Ausgaben. Herr v. Maltzahn-Gültz hat gesagt, ein Jeder im Volke sei gern bereit, Opfer für das Heer zu bringen; ich habe vor Herrn v. Maltzahn den Vortheil voraus, daß ich in allen Klassen der Bevölkerung Verkehr habe und außer den direkt dabei Interessirten sagen Alle, der Reichstag tauge nichts, wenn er nicht den Muth habe, zu rufen: Bis hierher und nicht weiter! Die Kosten der Kolonialpolitik betragen für Dampfersubventionen und Marinebewilligungen 33 Millionen. Was hat sie uns dagegen gebracht: etwas Ausfuhr von Rum, dann Schnaps, wieder Schnaps und zum Schluß ein bischen Pulver. Die Vortheile der Kolonialpolitik sind also ebenso gering wie die der neuen Wirthschaftspolitik. Wir wollen nicht, daß die soziale Frage nach Afrika exportirt wird. Der Redner geht darauf auf die allgemeinen politischen Verhältnisse ein und erwähnt zum Beweise, daß in Deutschland die Reaktion in vollem Gange sei, die Angriffe auf das geheime Stimmrecht, die Entziehung der Freifahrtkarten der Reichstagsabgeordneten, die Diätenprozesse, den Antrag auf Verlängerung der Legislaturperioden, den Chemnitzer Sozialistenprozeß, die Ausweisungen und die Ausnahmegesetzgebung gegen Katholiken und Sozialdemokraten, sowie die Auslieferungsverträge mit Rußland. Was haben denn die Polen gethan? Ich frage: Welches Volk hat sich denn dem Panslavismus entgegengesetzt? Nur die Polen! Dieses Volk nützt 20,000 Mal mehr als alle Kaiserbündnisse. Ueberhaupt kommen nach Zusammenkünften der Fürsten immer solche Sachen, wie der schöne russisch-deutsche Auslieferungsvertrag. Wir sind der erste Staat der Civilisation und geben Rußland das Recht, Deutschland zur Vorschule von Sibirien zu machen. (Sehr richtig)! Das ist traurig, traurig! traurig! Ist das Alles noch keine Reaktion? Die kalten Wasserstrahlen der Regierung, die nach Petersburg hin sehr an der Zeit gewesen wären, gehen stets nach demokratischer Seite hin, das zeigt der hausknechtmäßige Stil der „Nordd. Allg. Ztg." gegen Frankreich. Zeit wäre es überhaupt einmal, dem Unfug offiziöser Blätter entgegenzutreten. Von den Vorgängen auf der Balkanhalbinsel will ich nicht weiter reden, aber wohl erwähnen, mit welchem Geschick die Diplomatie, besonders die berühmte deutsche, die Geschicke der Völker lenkt. Mehr blamiren konnte sich die Diplomatie gar nicht als jetzt, wo sie nicht einmal Blutvergießen zwischen Christen verhüten konnte. Einigkeit, Friede und Freiheit sollte Deutschlands Einigung herbeiführen? Wie aber haben sich die Dinge gestaltet? Von Einigkeit ist nichts zu sehen. Deutschland ist vielmehr in zwei getrennte Hälften zerrissen, von Freiheit keine Rede. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Wir haben das Schlimme vorhergesagt, Alles ist eingetroffen. Im Kulturkampfe Fiasko, in der Wirthschaftspolitik Fiasko, in der auswärtigen Politik Fiasko, wohin wir blicken Fiasko! Fiasko! (Heiterkeit). Schließlich habe ich im Namen meiner Fraktion Ihnen zu sagen, daß ich und meine gesammte Fraktion das Budget im Gesammten ablehnen werden. — Präsident v. Wedell-Piesdorff: Der Herr Abg. Liebknecht hat in seiner Rede folgenden Satz gesprochen: „Hier ist in der That eine That verübt worden, die im ganzen Auslande uns — ich will es geradezu sagen — geschändet hat". Ich kann es nicht dulden, daß der Herr Abgeordnete in einer solchen Weise Maßregeln der Regierung kritisirt. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung! — Hierauf vertagt sich das Haus.

Dem Reichstage ging eine Denkschrift zu über die Verwendung der im Vorjahre bewilligten 218,000 Mk. zur Einleitung der in überseeischen Schutzgebieten nothwendigen Maßnahmen. Es sind davon die erforderlichen Beamten für Kamerun, Togo, Angra Pequena ernannt. Das Nähere darüber ist schon bekannt. Die Errichtung von Dienstgebäuden in Bagida und Angra-Pequena, ähnlich wie in Kamerun, ist in Aussicht genommen. Behufs Erwägung der künftigen Organisation hat der Gouverneur von Kamerun vorläufig einen aus drei Mitgliedern dortiger Firmen zusammengesetzten Verwaltungsrath, sowie ein Schiedsgerichtsgebiet für Kamerun gebildet. Ferner ist die Erhebung eines Ausfuhrzolles für Palmöl, Palmkerne, sowie eine Lizenzabgabe auf Spirituosenhandel eingeführt. Für die Rhede und den Hafen Kamerons ist eine Lootsenordnung erlassen. Diese provisorischen Verordnungen unterliegen der Prüfung des Auswärtigen Amtes. Für Togo und Angra-Pequena besteht Aehnliches noch nicht, weil über das erstere Gebiet noch Verhandlungen mit fremden Mächten schweben und der Kommissar für das zweite noch auf Reisen ist. Die bewilligten 218,000 Mk. werden bis Ende dieses Jahres aufgebraucht. Im vorliegenden Etat ist wiederum ein Pauschquantum eingesetzt, weil Mangels Erfahrung das Maß und die Art einer Heranziehung der Schutzgebiete zu den Kosten und zu einer festen Organisation noch nicht thunlich ist.

Die Kulturkampfs-Anträge des Centrums, welche in den letzten Jahren mit regelmäßiger Wiederholung eingebracht wurden, werden von dem Abg. Dr. Windthorst bereits in den nächsten Tagen wieder gestellt werden — allerdings in der Voraussicht, diesmal ebensowenig ein anderes Resultat zu erzielen, als in den letzten Sessionen. „Man muß in der Uebung bleiben", sagt Dr. Windthorst, „wenn man sich auf dem Kriegspfad befindet".

Die finanziellen Kalamitäten, in denen sich König Ludwig von Bayern befindet, haben schon die seltsamsten Projekte zur „Sanirung" dieser deroutirten Finanzen gezeitigt. Das Merkwürdigste aber dürfte immerhin die Nachricht sein, die von einem ganz ernsthaften Blatte, dem „Pester Lloyd", gemeldet wird. Dem Blatte wird nämlich aus München geschrieben: „Wie eine Bombe schlug die Nachricht hier ein, derzufolge der König seiner finanziellen Noth durch eine Verlobung mit einer Siebzig-Millionen-Braut ein Ende gemacht habe. Diese Nachricht wurde auch geglaubt, ja man nannte den Namen der Braut; es soll dies die Wittwe des vielfachen Millionärs, Freiherrn v. Cramer-Klett in Nürnberg, eine geborene Kurtze sein, die mit ihrem kolossalen Vermögen die Gunst des Königs errungen hätte. Man fügte dieser Nachricht an, daß der Herrschaftsbesitz dieser Dame sich vor königlichen Domänen nicht zu schämen braucht. — Es braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß auch diese Meldung in das Gebiet der Erfindungen gehört.

In Berlin begann die Fortsetzung der Besprechung beim kgl. Polizeipräsidium bezüglich der Frage der Sonntagsarbeit. Den Vorsitz führte Gewerberath von Stülpnagel. Die zur Vernehmung gelangenden Personen rekrutiren sich ausschließlich aus dem Handwerkerstande und zwar waren geladen: Glaser, Klempner, Schornsteinfeger, Zeug- und Raschmacher, Müller, Bürstenmacher, Brunnenbauer, Kammmacher, Korbmacher, Tuchmacher, Kürschner, Handschuhmacher und Hutmacher. Was das Resultat der kürzlichen Besprechung anlangt, so wurde im Allgemeinen die Frage der Nothwendigkeit der Sonntagsarbeit verneint, nur bei Vorhandensein von dringenden Bedürfnissen wurde dieselbe als nothwendig anerkannt. So können die Glaser Reparaturen in manchen Geschäften nur